

Pressemitteilung 9/2022

Halle (Saale), den 13. April 2022

Wirtschaft im Osten Deutschlands dürfte von Krieg in Ukraine nicht stärker getroffen werden als in Deutschland insgesamt Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

Die Erholung der ostdeutschen Wirtschaft schwächt sich wie auch die gesamtdeutsche aufgrund des Ukraine-Kriegs Russlands deutlich ab. Wirtschaftseinbruch und -erholung waren allerdings nicht so stark ausgeprägt wie im Westen Deutschlands. Im Jahr 2021 hat die ostdeutsche Produktion mit 2,3% weniger stark zugenommen als in Deutschland insgesamt (2,9%). Auch 2022 und 2023 dürfte der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Osten laut Prognose des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) mit 2,1% bzw. 2,5% jeweils geringer als in Deutschland insgesamt ausfallen (2,7% bzw. 3,1%).

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Frühjahrsgutachten](#), dass sich die mit dem Abklingen der Pandemie einhergehende Erholung der deutschen Wirtschaft aufgrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine deutlich abschwächt. Im Prinzip gilt das auch für die ostdeutsche Wirtschaft. Allerdings waren hier Wirtschaftseinbruch und -erholung nicht so stark ausgeprägt wie im Westen Deutschlands. „Öffentliche Dienstleister, welche von konjunkturellen Schwankungen weniger betroffen sind als die Privatwirtschaft, haben im Osten ein besonders großes Gewicht. So hat die ostdeutsche Produktion im Jahr 2021 mit 2,3% um 0,6 Prozentpunkte weniger stark zugenommen als in Deutschland insgesamt“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Auffallend ist der deutliche Rückgang der Bauproduktion um 2,3% (Deutschland insgesamt: -0,5%). Er fiel in Berlin mit -3,5% besonders stark aus, nachdem sie dort schon im Jahr 2020 leicht gesunken war. Darin spiegelt sich aber keine Krise der Berliner Wirtschaft insgesamt, denn diese hat mit 3,3% deutlich schneller expandiert als die in anderen ostdeutschen Ländern.

Auch in den Jahren 2022 und 2023 dürfte die ostdeutsche Produktion mit 2,1% bzw. 2,5% jeweils reichlich einen halben Prozentpunkt langsamer als in Deutschland insgesamt expandieren. Dabei wird der Krieg in der Ukraine die ostdeutsche Wirtschaft vermutlich in etwa genauso hart wie die in Deutschland insgesamt treffen. Darauf deutet unter anderem hin, dass der Anteil der nach Russland, Belarus und die Ukraine exportierten Waren an allen Warenexporten für die ostdeutschen Länder im Jahr 2021 mit 2,2% in etwa genauso hoch war wie für Deutschland insgesamt.

Sperrfrist
13. April 2022, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Energie, Konjunktur, Konvergenz Ostdeutschland, Ost-West-Vergleich Prognose, Produktivität, Rohstoffe, Russland, Ukraine

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Allerdings besteht das Risiko eines Stopps der russischen Lieferungen von Erdöl und Erdgas, durch die ein Großteil des ostdeutschen Verbrauchs gedeckt wird. Unter diesen Bedingungen wäre mit einer bundesweiten Bewirtschaftung von Erdgas zu rechnen, weil die russischen Lieferungen anders als die von Erdöl kurzfristig nicht durch andere Anbieter ersetzt werden könnten. Für diesen Fall prognostizieren die Institute eine Produktionsausweitung von 1,9% im Jahr 2022 und einen Rückgang um 2,2% im Jahr 2023. Für Ostdeutschland wäre mit Raten von 1,2% im Jahr 2022 und – 1,5% im Jahr 2023 zu rechnen. „Die Rezession fällt im Osten also flacher aus, und zwar, weil das stark betroffene Verarbeitende Gewerbe ein geringeres Gewicht als im Westen hat“, so Oliver Holtemöller. Zudem ist der Anteil der acht besonders energieintensiven Wirtschaftszweige am gesamten Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland gemessen an deren Bruttolohn- und Gehaltssumme mit etwa 50% deutlich niedriger als in Westdeutschland (etwa 60%).¹

Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit fällt, wenn es nicht zu einem Gasstopp kommt, von 7,1% im Vorjahr auf 6,4% im Jahr 2022. Der Rückgang kommt aufgrund der diesjährigen starken Anhebung des Mindestlohns im Jahr 2023 zum Stehen. Im Fall eines Gasstopps beträgt die Quote in diesem Jahr 6,5%, im Jahr 2023 steigt sie auf 7,1%.

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2022:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress](#). April 2022. Kiel 2022.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf [Twitter](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei

¹ Die Wirtschaftszweige sind aufgelistet in: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Ein alternatives Szenario: EU ohne Energierohstoffe aus Russland – Methodenbeschreibung](#). Materialien, Nr. 1, 2022, Tabelle 2.

stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.